



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM**  
**FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN**

Geschäftszahl 29.198/1-I/5/88

EFTA; Abänderung der Konvention;  
 Verfahren zur Notifikation z.  
 Entwürfen techn. Vorschriften

Dringend!

1011 Wien, Stubenring 1  
 Telefon 0222/7500  
 Name des Sachbearbeiters:

Klappe 5539 Durchwahl  
 Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die  
 Geschäftszahl dieses  
 Schreibens anführen.

An das  
 Präsidium des  
 Nationalrates

1010 Wien

<b>Gesetzesentwurf</b>	
Zl. 20	-GE/1988
Datum 2.3.1988	
Verteilt 2.3.1988 P. Mayer	

*fr. Ulmer*

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich, beiliegend den Text eines gegstdl. EFTA-Ratsbeschlusses zur Abänderung des EFTA-Übereinkommens samt Übersetzungen und die Erläuterungen zur Regierungsvorlage mit dem Ersuchen um ehestmögliche Stellungnahme zu übermitteln.

Sollte bis 1. April 1988 keine do. Stellungnahme vorliegen, wird davon ausgegangen, daß gegen die vorliegenden Entwürfe und Texte keine Einwände bestehen.

Beilage

Wien, am 24. Feber 1988  
 Für den Bundesminister:  
 M a y e r

Für die Richtigkeit  
 der Ausfertigung:

*Maderber*

V o r b l a t t

EFTA; Übereinkommen zur Errichtung der europäischen Freihandelsassoziation;  
Verfahren zur Notifikation von Entwürfen technischer Vorschriften

1. Problem:

Nachdem innerhalb der EFTA sowie zwischen EFTA und EG realisierten Abbau der Einfuhrzölle für Waren des industriell gewerblichen Bereichs, konzentrieren sich in den letzten Jahren die Anstrengungen der EFTA in Zusammenarbeit mit der EG verstärkt auf die Beseitigung von Handelshemmnissen; die auf unterschiedlichen technischen Vorschriften und Normen beruhen. Größere Transparenz im Bereich der technischen Vorschriften wurde sowohl von der EFTA als auch von der EG Kommission als wesentliche Vorbedingung für die frühzeitige Verhinderung technischer Handelshemmnisse anerkannt. Die EG-Kommission erklärte sich zur weiteren Zusammenarbeit i.G. mit der EFTA bereit, wenn auf Basis des Prinzips der effektiven Reziprozität das EFTA-Verfahren zur Notifikation technischer Vorschriften (INST-Verfahren) verbindlicher gestaltet wird und somit dem bestehenden EG-Verfahren auf diesem Gebiet angepaßt wird.

2. Problemlösung:

Im Hinblick auf eine größere Transparenz auf dem Gebiet neuer technischer Vorschriften und der frühzeitigen Verhinderung technischer Handelshemmnisse im Handel wurde das Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (BGBI. Nr. 100/1960) dahingehend abgeändert, daß Entwürfe technischer Vorschriften in Hinkunft unter Einhaltung einer dreimonatigen Stillhaltezeit verpflichtend dem EFTA-Sekretariat notifiziert werden müssen.

Durch dieses modifizierte EFTA-Notifikationsverfahren wird eine Vorbedingung der EG für eine mögliche Verbindung des nunmehr geschaffenen EFTA-Verfahrens mit dem korrespondierenden EG-Verfahren erfüllt.

-2-

### 3. Alternativen:

keine

### 4. Kosten:

Das neue rechtsverbindliche EFTA-Notifikationsverfahren für Entwürfe technischer Vorschriften orientiert sich weitgehend am bereits bestehenden freiwilligen EFTA-INST-Verfahren. Es wäre in das bestehende innerstaatliche Begutachtungsverfahren für Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zu integrieren. Zusätzliche unmittelbare Kosten für die Verwaltung sind durch das neue Verfahren nicht zu erwarten.

## E r l ä u t e r u n g e n

### I Allgemeiner Teil

Nach dem innerhalb der EFTA sowie zwischen EFTA und EG realisierten Abbau der Einfuhrzölle für Waren des industriell gewerblichen Bereichs, konzentrieren sich in den letzten Jahren die Anstrengungen der EFTA in Zusammenarbeit mit der EG verstärkt auf die Beseitigung von Handelshemmnissen, die auf unterschiedlichen technischen Vorschriften und Normen beruhen. Größere Transparenz im Bereich der technischen Vorschriften wurde sowohl von der EFTA als auch von der EG-Kommission als wesentliche Vorbedingung für die frühzeitige Verhinderung technischer Handelshemmnisse anerkannt. Die EG-Kommission erklärte sich zur weiteren Zusammenarbeit i.G. mit der EFTA bereit, wenn auf Basis des Prinzips der effektiven Reziprozität das EFTA-Verfahren zur Notifikation technischer Vorschriften (INST-Verfahren) verbindlicher gestaltet wird und somit dem bestehenden EG-Verfahren auf dem Gebiet angepaßt wird.

Anlässlich der EFTA-Ministertagung am 14. und 15. Dezember 1987 wurde von den EFTA-Ministern ein verpflichtendes Notifikationsverfahren bezüglich der Einführung neuer technischer Vorschriften beschlossen. Damit wird das bereits seit 1964 auf freiwilliger Basis bestehende Verfahren zur Notifikation von Entwürfen technischer Vorschriften (INST-Verfahren) mit einigen Modifikationen in ein verbindliches Verfahren umgewandelt.

Österreich ist Unterzeichner des Übereinkommens zur Errichtung der europäischen Freihandelsassoziation (Übereinkommen), publiziert im BGBl.Nr 100/1960.

Da das Übereinkommen keine ausreichende Basis für ein derartiges verbindliches Verfahren darstellt, mußte das Übereinkommen durch den EFTA-Ratsbeschluß, EFTA/DC 15/87, in einigen Punkten abgeändert bzw. ergänzt werden.

-2-

Durch das neue Verfahren werden die EFTA-Mitgliedsstaaten bzw. deren Regierungen verpflichtet alle neuen technischen Vorschriften vor ihrer Durchführung unter Einhaltung einer dreimonatigen Stillhaltezeit dem EFTA-Sekretariat zu notifizieren. Weiters wird eine Schutzklausel eingeführt und die EFTA-Mitgliedsstaaten werden verpflichtet, die Entwürfe technischer Vorschriften vertraulich zu behandeln. Durch dieses, im Vergleich zum bisher auf freiwilliger Basis bestehende EFTA-INST-Verfahren modifizierte Verfahren wird die Vorbedingung der EG für eine mögliche Verbindung des nunmehr geschaffenen EFTA-Verfahrens mit dem korrespondierenden EG-Verfahren erfüllt.

Im Hinblick auf die verstärkten Annäherungsbemühungen Österreichs an die EG und die angestrebte Rechtsharmonisierung ist dieses neue Verfahren im Interesse Österreichs gelegen.

Die Ergänzungen bzw. Änderungen des Übereinkommens stellen einen gesetzesändernden und gesetzesergänzenden Staatsvertrag dar und bedürfen sohin der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG. Sie haben nicht politischen Charakter und enthalten keine verfassungsändernden Bestimmungen. Eine Beschlußfassung nach Artikel 50 Abs. 2 B-VG ist nicht erforderlich, da die Änderungen bzw. Ergänzungen des Übereinkommens in der innerstaatlichen Rechtsordnung unmittelbar angewendet werden können.

Zusätzlich unmittelbare Kosten für die Verwaltung sind durch das neue Verfahren nicht zu erwarten. Durch allfällige Stellungnahmen der EFTA-Partner zu österreichischen Entwürfen technischer Vorschriften könnte es zu zeitlichen Verzögerungen in der österreichischen Gesetzgebungstätigkeit bzw. der Inkraftsetzung bestimmter Vorschriften kommen. Dieser Nachteil muß jedoch im Verhältnis zu der dadurch im europäischen Kontext gewährleisteten größeren Transparenz bei technischen Vorschriften

gesehen werden. Durch eine Schutzklausel wird zu dem sichergestellt, daß der notifizierende Staat unter Vorliegen bestimmter Bedingungen das Recht hat, Entwürfe technischer Vorschriften ohne Einhaltung gegenständlichen Verfahrens in Kraft zu setzen.

## II Besonderer Teil

Ein neuer Artikel 12 bis wurde eingeführt der die EFTA-Mitgliedsstaaten verpflichtet zum frühestmöglichen Zeitpunkt Entwürfe technischer Vorschriften und Bescheinigungsregeln oder Ergänzungen dazu bekanntzugeben. Im Absatz 2 dieses neuen Artikels wird darauf verwiesen, daß die näheren Details des Notifikationsverfahrens im Anhang H zur Konvention beschrieben werden. Artikel 12 bis Abs. 3 bestimmt, daß der EFTA-Rat Änderungen der Bestimmungen des Artikels 12 bis sowie des Anhangs H des Übereinkommens beschliessen kann.

Weitere Änderungen des Übereinkommens betreffen Artikel 21 Abs. 1(b), Artikel 26 Abs. 1 und Artikel 38. Die Änderungen der beiden erstgenannten Artikel beziehen sich auf die im Übereinkommen enthaltenen Sonderregelungen für die Waren des landwirtschaftlichen Sektors sowie die Fisch- und Meeresprodukte. Diese Warengruppen werden in das neue Verfahren des Übereinkommens mit einbezogen. Artikel 38 bestimmt, daß Anhänge zur EFTA-Konvention einen integrierten Bestandteil derselben bilden. Der neue Anhang H wird an die Liste der bisherigen Anhänge A - G angefügt.

Die wesentlichen Durchführungsbestimmungen des neuen, verstärkten, EFTA-Notifikationsverfahrens sind im neuen Anhang H zum Übereinkommen enthalten.

Artikel 1 des neuen Anhangs wiederholt nochmals die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, wie sie im neuen Artikel 12 bis Abs. 1 des Übereinkommens ausgesprochen wird. Die wesentlichen Bestimmungen sind in den Artikeln 5, 6 und 8 gegenständlichen Anhangs enthalten. Danach verpflichten sich die EFTA-Mitgliedsstaaten ab dem Zeitpunkt der Notifikation der Entwürfe technischer Vorschriften an den EFTA-Rat, der die Notifikationen an die EFTA-Mitgliedsstaaten weiterleitet, eine mindestens dreimonatige Stillhaltezeit einzuhalten, um den EFTA-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zur Stellungnahme einzuräumen. Während dieser Zeit darf der Entwurf nicht verabschiedet werden. Diese Frist verlängert sich um weitere drei Monate, wenn innerhalb der ersten drei Monate ein anderer Mitgliedstaat eine ausführliche Stellungnahme abgibt, die besagt, daß der Entwurf abgändert werden müßte, damit etwaige Handelshemmnisse vermieden oder gemindert werden. Das notifizierende Land hat diese Stellung-

-2-

nahme in Form von Änderungen des ursprünglichen Entwurfs zu berücksichtigen. In einer weiteren Notifikation ist bekanntzugeben, inwiefern allfällige Einwendungen der EFTA-Mitgliedsstaaten im neuen Entwurf berücksichtigt werden konnten und mit welchem Datum die Vorschrift in Kraft tritt. Wenn das bekanntgebende Land die Stellungnahme bzw. die Einwendungen in Zweifel zieht, kann es Konsultationen verlangen oder die Frage an den vom EFTA-Rat gemäß Artikel 10 des Anhangs H ernannten Ausschuss verweisen.

Die übrigen Bestimmungen des Anhangs H enthalten administrative und definitorische Vorkehrungen, eine Schutzklausel, die dem notifizierenden Staat unter bestimmten Bedingungen das Recht einräumt, Entwürfe technischer Vorschriften ohne Einhaltung gegenständlichen Verfahrens zu verabschieden sowie die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, die notifizierten Entwürfe technischer Vorschriften vertraulich zu behandeln.

# EUROPEAN FREE TRADE ASSOCIATION



EFTA/DC 15/87  
2 Annexes  
18 December 1987

Distribution A.2

## DECISION OF THE COUNCIL No.15 OF 1987

(Adopted at the 18th Meeting on 14 December 1987)

### AMENDMENT OF THE CONVENTION

Introduction of a new Article 12bis and an Annex H,  
and amendments to paragraph 1(b) of Article 21,  
to paragraph 1 of Article 26 and to Article 38.

THE COUNCIL,

Having regard to the provisions of Article 44 of the Convention, and

Determined to contribute to the prevention of technical barriers to trade by establishing a notification procedure for draft technical regulations,

#### DECIDES:

I. The Convention shall be amended as follows:

1. A new Article 12bis shall be introduced with the following wording:

#### English:

#### "Notification of draft technical regulations

"1. Member States shall notify to the Council at the earliest practicable stage all draft technical regulations and certification systems or amendments thereto.

"2. A notification procedure is hereby established, the details of which are contained in Annex H.

"3. The Council may decide to amend the provisions of this Article and those of Annex H."



EFTA/DC 15/87

- 2 -

French:"Notification des projets de règles techniques"

"1. Les Etats membres notifient au Conseil aussi tôt que possible au stade de leur élaboration tous les projets de règles techniques, de systèmes de certification ou d'amendements s'y rapportant.

"2. Par le présent article, il est établi une procédure de notification dont les détails figurent à l'annexe H.

"3. Le Conseil peut décider de modifier les dispositions du présent article et de l'annexe H."

2. An Annex H shall be introduced with the wording set out at Annex to this Decision.
3. Paragraph 1(b) of Article 21 shall be amended to read:

English:

"(b) In relation to the goods listed in Part II or in Part III of Annex D none of the provisions in the foregoing Articles of this Convention, except Articles 1, 12bis and 17, shall apply. The provisions referred to in paragraph 2 shall apply to such goods."

French:

"(b) Aucun des articles précédents de la présente Convention, à l'exception des articles 1, 12bis et 17, ne s'applique aux produits énumérés dans la partie II ou dans la partie III de l'annexe D. Les dispositions mentionnées au paragraphe 2 s'appliquent à ces produits."

4. Paragraph 1 of Article 26 shall be amended to read:

English:

"1. The provisions in all the foregoing Articles of this Convention, except Articles 1, 12bis and 17, shall not apply in relation to the fish and other marine products which are listed in Annex E. The special provisions which shall apply to those fish and other marine products are set out in Articles 27 and 28."

- 3 -

French:

- "1. Les dispositions des articles précédents de la présente Convention, à l'exception des articles 1, 12bis et 17, ne s'appliquent pas au poisson et aux autres produits de la mer énumérés dans l'annexe E. Les dispositions particulières qui s'appliquent au poisson et aux autres produits de la mer énumérés dans ladite annexe sont énoncées dans les articles 27 et 28."
5. The following wording shall be added at the end of the present text of Article 38:

English:

"Annex H - Procedure for the notification of draft technical regulations."

French:

"Annexe H - Procédure de notification des projets de règles techniques."

- II. The amendments to the Convention as hereby approved are submitted to the Member States for acceptance. They shall enter into force on 1 July 1988.
- III. The Secretary-General shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

\* \* \* \* \*

Annex I to  
EFTA/DC 15/87  
18 December 1987

Annex H to the EFTA Convention

PROCEDURE FOR THE NOTIFICATION OF  
DRAFT TECHNICAL REGULATIONS

Article 1

Member States shall notify to the Council at the earliest practicable stage draft technical regulations, draft certification systems and draft amendments thereto which they intend to issue (hereinafter the words "technical regulation" are taken to include "certification system" and "amendments" as well).

Article 2

For the purposes of this procedure the following meanings shall apply:

- (a) "Technical specification": a specification contained in a document which lays down the characteristics required of a product such as level of quality, performance, safety or dimensions, including the requirements applicable to the product as regards terminology, symbols, testing and test methods, packaging, marking or labelling;
- (b) "Technical regulation": technical specifications, including the relevant administrative provisions, the observance of which is compulsory, de jure or de facto, in the case of marketing or use in a Member State or a major part thereof, except those laid down by regional or local government authorities;
- (c) "Draft technical regulation": the text of a technical specification including administrative provisions, formulated with the aim of enacting it or of ultimately having it enacted as a technical regulation, the text being at a stage of preparation at which amendments can still be made;

- 2 -

- (d) "Draft certification system": the text for a system having its own rules of procedure and management for carrying out certification of conformity with a technical regulation, formulated with the aim of enacting it or of ultimately having it enacted as a certification system, the text being at a stage of preparation at which amendments can still be made;
- (e) "Product": products covered by any provision of the Convention, whether industrially manufactured products, agricultural goods or fish and other marine products.

### Article 3

1. The notification shall:
  - (a) give, in the English language, the full text of the draft technical regulation or a summary of it or an explanation of its content; in the last two cases a copy of the proposed regulation in the national language shall be attached to the notification;
  - (b) indicate whether the draft technical regulation is identical with a technical specification in the subject matter concerned worked out by an international or regional body or whether it deviates from such specifications; when deviating from such specifications the reasons for the deviations shall be given;
  - (c) state the name and address of the national authority competent to give further information on the regulation;
  - (d) indicate the envisaged date of entry into force.
2. Where a draft technical regulation merely transposes the full text of an international or European standard information regarding the relevant standard shall suffice.

### Article 4

The notification as well as comments thereon by other Member States shall normally be circulated through the Council to all the Member States. If in urgent cases the comments are addressed directly to the authority of the country concerned, a copy shall be circulated through the Council to all the Member States.

Annex I to  
EFTA/DC 15/87

- 3 -

#### Article 5

The time-limit for comments on notifications shall be at least three months from the date of the notification. During this period the draft technical regulation may not be adopted.

#### Article 6

An additional notification shall indicate to what extent it has been possible to take account of any comment received from other Member States, any change of substance made as compared with the notified draft, and the date of entry into force of the regulation.

#### Article 7

The information received from other Member States according to Articles 1 - 6 shall upon request be confidential. However, the national authorities may, provided that the necessary precautions are taken, consult, for an expert opinion, natural or legal persons, including persons in the private sector.

#### Article 8

Member States shall postpone the adoption of a draft technical regulation for six months from the date of the notification if, within three months of that date, another Member State delivers a detailed opinion to the effect that the draft technical regulation notified must be amended in order to prevent or reduce any barriers to trade. If the notifying Member State disputes the soundness of the detailed opinion or of parts thereof the Member State delivering it may request expert consultations with the notifying Member State or may submit the question to the Committee referred to in Article 10. In the case of expert consultations the Committee must be notified.

#### Article 9

Articles 5 and 8 shall not apply when, for urgent reasons relating to the protection of public health or safety, the protection of health and life of animals or plants, a Member State is obliged to prepare regulations in a very short period of time in order to enact and introduce them immediately without any consultations being possible. In the said cases the Member State in question shall state in the notification made in accordance with Article 1 the grounds warranting the urgent adoption of the measures.

- 4 -

Article 10

The Council shall designate a Committee to be in charge of administering this procedure and of ensuring its proper implementation. For this purpose and when questions are submitted to the Committee according to Article 8 the Committee may make recommendations to the Council. The Committee may call on the assistance of experts or advisers and shall meet whenever necessary but at least twice a year. Once a year it shall submit to the Council a report on the implementation of the procedure.

\* \* \* \* \*

Annex II to  
EFTA/DC 15/87  
18 December 1987

Projet de texte

Annexe H à la Convention de Stockholm

PROCEDURE DE NOTIFICATION DES PROJETS DE  
REGLES TECHNIQUES

Article 1

Les Etats membres notifient au Conseil aussi tôt que possible au stade de leur élaboration les projets de règles techniques, les projets de systèmes de certification et les projets d'amendements s'y rapportant qu'ils envisagent d'introduire (ci-après l'expression "règle technique" inclut "système de certification" et "amendements").

Article 2

Au sens de la présente procédure, on entend par:

- (a) "spécification technique", la spécification qui figure dans un document définissant les caractéristiques requises d'un produit, telles que les niveaux de qualité ou de propriété d'emploi, la sécurité, les dimensions, y compris les prescriptions applicables au produit en ce qui concerne la terminologie, les symboles, les essais et méthodes d'essai, l'emballage, le marquage et l'étiquetage;
- (b) "règle technique", les spécifications techniques, y compris les dispositions administratives qui s'y appliquent, dont l'observation est obligatoire, de jure ou de facto, pour la commercialisation ou l'utilisation dans un Etat

membre ou dans une partie importante de cet Etat, à l'exception de celles fixées par les autorités régionales ou locales;

- (c) "projet de règle technique", le texte d'une spécification technique, y compris des dispositions administratives, élaboré avec l'intention de l'établir ou de la faire finalement établir comme une règle technique, et se trouvant à un stade de préparation qui permet encore de lui apporter des amendements;
- (d) "projet de système de certification", le texte pour un système ayant ses propres règles de procédure et de gestion, destiné à opérer la certification de conformité avec une règle technique, élaboré avec l'intention de l'établir ou de le faire finalement établir comme un système de certification, et se trouvant à un stade de préparation qui permet encore de lui apporter des amendements;
- (e) "produit", les produits couverts par toute disposition de la Convention qu'il s'agisse de produits de fabrication industrielle, de produits agricoles ou de poissons et autres produits de la mer.

### Article 3

#### 1. La notification

- (a) donne , en anglais, le texte intégral du projet de règle technique ou un résumé de celui-ci ou encore une explication de son contenu; dans les deux derniers cas, copie de la règle proposée rédigée dans la langue du pays est jointe à la notification;



- 3 -

- (b) indique si le projet de règle technique est identique à une spécification technique élaborée sur le sujet en question par un organisme international ou régional ou s'il s'en écarte; dans ce dernier cas, les raisons en sont données;
- (c) mentionne le nom et l'adresse de l'autorité nationale compétente pour fournir de plus amples informations sur la règle technique;
- (d) indique la date d'entrée en vigueur envisagée.

2. Lorsqu'un projet de règle technique ne fait que transposer le texte intégral d'une norme internationale ou européenne, une simple information quant à la norme concernée suffit.

#### Article 4

La notification ainsi que les observations y relatives émises par d'autres Etats membres sont normalement communiquées à tous les Etats membres par l'intermédiaire du Conseil. Si dans des cas urgents les observations sont portées directement à la connaissance de l'autorité du pays concerné, copie en sera communiquée à tous les Etats membres par le Conseil.

#### Article 5

Le délai pour soumettre des observations sur les notifications est de trois mois au moins à compter de la date de la notification. Durant cette période, l'adoption du projet de règle technique est reportée.

#### Article 6

Une notification supplémentaire indique dans quelle mesure il a été possible de tenir compte des observations reçues d'autres Etats membres, tout changement de fond effectué par rapport au projet communiqué, ainsi que la date d'entrée en vigueur de la règle technique.

Article 7

Les informations fournies par d'autres Etats membres en vertu des articles 1 à 6 sont classées confidentielles sur demande. Toutefois, les administrations nationales peuvent, en prenant les précautions nécessaires, consulter pour expertise des personnes physiques ou morales pouvant relever du secteur privé.

Article 8

Les Etats membres reportent l'adoption d'un projet de règle technique de six mois à compter de la date de sa notification si un autre Etat membre émet, dans les trois mois qui suivent cette date, un avis circonstancié selon lequel le projet de règle technique communiqué doit être modifié dans le but d'éviter ou de limiter les entraves aux échanges. Si l'Etat dont émane la notification conteste le bien-fondé de l'avis circonstancié ou de parties de celui-ci, l'Etat membre qui a émis l'avis peut demander une consultation au niveau des experts avec le pays de notification ou peut soumettre la question au comité visé à l'article 10. En cas de consultation au niveau des experts, le comité doit être informé.

Article 9

Les articles 5 et 8 ne sont pas applicables lorsqu'un Etat membre, pour des raisons urgentes ayant trait à la protection de la santé des personnes et des animaux ou à la préservation des végétaux ou à la sécurité, doit élaborer à très bref délai des règles techniques pour les arrêter et les instaurer aussitôt, sans qu'une consultation soit possible. Dans les cas cités, l'Etat membre en cause indique dans la notification faite conformément à l'article 1 les motifs qui justifient l'urgence des mesures adoptées.

- 5 -

Article 10

Le Conseil désigne un comité qui est chargé d'administrer la présente procédure et d'en assurer l'application correcte. A cette fin et lorsque des questions sont soumises au comité en vertu de l'article 8, celui-ci peut présenter des recommandations au Conseil. Le comité peut se faire assister d'experts ou de conseillers; il se réunit chaque fois que de besoin, mais au moins deux fois par an. Une fois l'an, il présente au Conseil un rapport sur l'application de la procédure.

\* \* \* \* \*

EFTA/DC 15/87  
2 Anlagen  
18. Dezember 1987.  
Verteiler A.2

RATSBESCHLUSS NR. 15 AUS 1987  
(angenommen anlässlich der 18. Sitzung am 14. Dezember 1987)

ERGÄNZUNG DES ÜBEREINKOMMENS

Einführung eines neuen Artikels 12 a und einer Anlage H,  
und Ergänzungen zu Artikel 21, Absatz 1(b), Artikel 26,  
Absatz 1, und Artikel 38.

DER RAT HAT

unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 44 des Übereinkommens und

in dem festen Willen, zur Vermeidung von technischen Handelshemmnissen durch die Errichtung eines Bekanntmachungsverfahrens für Vorlagen zu technischen Verordnungen beizutragen,

BESCHLOSSEN:

I. Das Übereinkommen wird wie folgt ergänzt:

1. Es wird ein neuer Artikel 12 a mit folgendem Wortlaut eingeführt:

"Bekanntmachung von Vorlagen zu technischen Verordnungen

"1. Die Mitgliedsstaaten haben dem Rat zum frühestmöglichen Zeitpunkt Vorlagen zu technischen Verordnungen und Bescheinigungsregeln oder Ergänzungen hiezu bekanntzugeben.

"2. Es wird hiemit ein Bekanntmachungsverfahren eingerichtet, das in der Anlage H im Detail beschrieben wird.

"3. Der Rat kann eine Ergänzung der Bestimmungen des vorliegenden Artikels und der Bestimmungen der Anlage H beschliessen."

2. Es wird eine Anlage H mit dem im Anhang zu diesem Beschluß dargelegten Wortlaut eingeführt.

3. Artikel 21, Absatz 1(b), wird wie folgt ergänzt:

"(b) Für die in Teil II oder in Teil III der Anlage D angeführten Waren gilt keine der Bestimmungen in den vorstehenden Artikeln dieses Übereinkommens, mit Ausnahme der Artikel 1, 12 a und 17. Für diese Waren gelten die Bestimmungen, auf die in Absatz 2 Bezug genommen wird."

- 2 -

4. Artikel 26, Absatz 1, wird wie folgt ergänzt:

"1. Die Bestimmungen aller vorstehenden Artikel dieses Übereinkommens, mit Ausnahme der Artikel 1, 12 a und 17, gelten nicht für die in der Anlage E angeführten Fisch- und anderen Meeresprodukte. Die für diese Fisch- und anderen Meeresprodukte geltenden Sonderbestimmungen sind in den Artikeln 27 und 28 enthalten."

5. Der folgende Text wird am Ende des derzeitigen Wortlautes von Artikel 38 hinzugefügt:

"Anlage H - Verfahren zur Bekanntmachung von Vorlagen zu technischen Verordnungen."

II. Die hiemit beschlossenen Ergänzungen des Übereinkommens werden an die Mitgliedsstaaten zur Annahme übermittelt. Sie treten am 1. Juli 1988 in Kraft.

III. Der Generalsekretär wird den Wortlaut dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

\* \* \* \* \*

Anhang I zu  
EFTA/DC 15/87  
18. Dezember 1987

## Anlage H zum EFTA-Übereinkommen

### VERFAHREN ZUR BEKANNTMACHUNG VON VORLAGEN ZU TECHNISCHEN VERORDNUNGEN

#### Artikel 1

Die Mitgliedsstaaten werden dem Rat zum frühestmöglichen Zeitpunkt Vorlagen zu technischen Verordnungen, Vorlagen zu Bescheinigungsregeln und Vorlagen zu Ergänzungen hiezu bekanntgeben, die sie zu erlassen beabsichtigen (im weiteren Verlauf des Textes gilt die Bezeichnung "technische Verordnung" auch für "Bescheinigungsregeln" und "Ergänzungen").

#### Artikel 2

Für die Zwecke dieses Verfahrens gelten die folgenden Definitionen:

- (a) "Technische Daten": eine in einem Dokument enthaltene Beschreibung, welche die von einem Produkt geforderten Merkmale festlegt, wie etwa Qualitätsklasse, Leistung, Sicherheitsbestimmungen oder Maße, einschließlich der auf das Produkt anwendbaren Erfordernisse bezüglich Benennung, Bildzeichen, Prüf- und Kontrollmethoden, Verpackung, Kennzeichnung und Beschriftung;
- (b) "Technische Verordnung": technische Daten, einschließlich der einschlägigen Verwaltungsbestimmungen, deren Einhaltung de jure oder de facto im Falle des Vertriebs oder der Benützung in einem Mitgliedsstaat oder eines wesentlichen Teils hiervon verbindlich sind, mit Ausnahme jener, die von regionalen oder lokalen Behörden erlassen werden;
- (c) "Vorlage zu einer technischen Verordnung": der Wortlaut der technischen Daten, einschließlich der Verwaltungsbestimmungen, der mit dem Ziel abgefaßt wird, ihm als technische Verordnung Gesetzeskraft zu verleihen oder letztlich verleihen zu lassen, wobei der Wortlaut in einem Vorbereitungsstadium ist, in dem Änderungen noch vorgenommen werden können;
- (d) "Vorlage zu Bescheinigungsregeln": der Wortlaut von Regeln mit eigenen Verfahrensbestimmungen und eigener Verwaltung zur Ausstellung von Bescheinigungen, welche die Übereinstimmung mit einer technischen Verordnung bestätigen, der mit dem Ziel abgefaßt wird, ihm als Bescheinigungsregeln Gesetzeskraft zu verleihen oder letztlich verleihen zu lassen, wobei der Wortlaut noch in einem Vorbereitungsstadium ist, in dem Änderungen noch vorgenommen werden können;

- 2 -

- (d) "Produkt": Produkte im Rahmen der Bestimmungen des Übereinkommens, die industriell hergestellte Produkte, landwirtschaftliche Güter oder Fisch- und andere Meeresprodukte sein können.

### Artikel 3

#### 1. Die Bekanntmachung hat:

- (a) in englischer Sprache den gesamten Text der Vorlage zu einer technischen Verordnung oder eine Zusammenfassung hiervon oder eine Erläuterung ihres Inhalts zu enthalten; in den beiden letztgenannten Fällen sind Abschriften der vorgeschlagenen Verordnung in der Landessprache der Bekanntmachung beizuschließen;
- (b) anzumerken, ob die Vorlage zu einer technischen Verordnung mit den technischen Daten zu der betreffenden technischen Materie identisch ist, die von einer internationalen oder regionalen Behörde ausgearbeitet wurden, oder ob sie von solchen technischen Daten abweicht; im Falle einer Abweichung von derartigen technischen Daten sind die Gründe für die Abweichung zu nennen;
- (c) Name und Anschrift der zuständigen nationalen Behörde zu nennen, die weitere Angaben über die Verordnung machen kann;
- (d) das geplante Datum des Inkrafttretens anzuführen.

2. Wenn eine Vorlage zu einer technischen Verordnung nur den gesamten Text einer internationalen oder europäischen Norm übernimmt, genügt die Angabe der diesbezüglichen Norm.

### Artikel 4

Die Bekanntmachung sowie die sich darauf beziehenden Stellungnahmen der anderen Mitgliedsstaaten sind im Regelfall über den Rat an alle anderen Mitgliedsstaaten weiterzuleiten. Wenn in dringenden Fällen eine Stellungnahme direkt an die Behörde des betreffenden Landes gerichtet wird, ist eine Abschrift über den Rat an alle Mitgliedsstaaten weiterzuleiten.

### Artikel 5

Die Frist für Stellungnahmen zu Bekanntmachungen beträgt mindestens drei Monate ab dem Datum der Bekanntmachung. Während dieser Zeit darf die Vorlage zu einer technischen Verordnung nicht verabschiedet werden.

## Artikel 6

In einer weiteren Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, inwieweit es möglich gewesen ist, eine etwaige von anderen Mitgliedsstaaten vorgebrachte Stellungnahme zu berücksichtigen, ob im Vergleich zur bekanntgemachten Vorlage etwaige inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden und mit welchem Datum die Verordnung in Kraft tritt.

## Artikel 7

Die von den anderen Mitgliedsstaaten gemäß Artikel 1 bis 6 zugesandten Angaben sind auf Verlangen vertraulich zu behandeln. Die nationalen Behörden können sich aber unter Beachtung entsprechender Vorsichtsmaßnahmen zur Einholung eines Gutachtens an natürliche oder juristische Personen, einschließlich Personen des privaten Sektors, wenden.

## Artikel 8

Die Mitgliedsstaaten haben die Verabschiedung einer Vorlage zu einer technischen Verordnung um sechs Monate ab dem Datum der Bekanntmachung zu verschieben, wenn innerhalb von drei Monaten ab diesem Datum ein anderer Mitgliedsstaat eine ausführliche Stellungnahme abgibt, die besagt, daß die Vorlage zu einer technischen Verordnung abgeändert werden müsse, damit etwaige Handelshemmnisse vermieden oder gemindert werden. Wenn der bekanntgebende Mitgliedsstaat die Rechtmäßigkeit einer ausführlichen Stellungnahme oder eines Teils hiervon in Zweifel zieht, kann der diese Stellungnahme abgebende Mitgliedsstaat vom bekanntgebenden Mitgliedsstaat Expertengespräche verlangen oder kann die Frage an den in Artikel 10 genannten Ausschuß verweisen. Im Falle von Expertengesprächen ist der Ausschuß zu verständigen.

## Artikel 9

Die Artikel 5 und 8 gelten nicht, wenn aus dringenden Gründen des Schutzes der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, des Schutzes der Gesundheit und des Lebens von Tieren oder Pflanzen ein Mitgliedsstaat verpflichtet ist, innerhalb sehr kurzer Zeit Verordnungen auszuarbeiten, damit diese sofort verabschiedet und angewandt werden, ohne daß vorherige Beratungen möglich sind. In den genannten Fällen hat der fragliche Mitgliedsstaat in der gemäß Artikel 1 abzugebenden Bekanntmachung die Gründe anzuführen, welche die umgehende Verabschiedung der Maßnahmen rechtfertigt.

## Artikel 10

Der Rat hat einen Ausschuß zu ernennen, der für die Anwendung dieses Verfahrens und die Gewährleistung seiner ordnungsgemäßen Durchführung verantwortlich ist. Zu diesem Zweck, aber auch wenn gemäß Artikel 8 Fragen an den Ausschuß herangetragen werden, kann der Ausschuß dem Rat Empfehlungen vorschlagen. Der Ausschuß kann Experten oder Berater zu seiner Unterstützung beiziehen und hat bei Bedarf, jährlich aber mindestens zwei Mal, zusammenzutreten. Der Ausschuß hat dem Rat jährlich einen Bericht über die Durchführung des Verfahrens zuzuleiten.

\* \* \* \* \*